



Kammer f. Arbeiter u. Angestellte für Tirol	
Eing.	14. MAI 1996
G. Zl.	Stg.

25

sozialpolitisch

GRÜNE IN DER AK

ALTERNATIVE GEWERKSCHAFTER/INNEN

Grünes Büro; 6020 Innsbruck ; Adamgasse 13-15

ANTRAG

an die AK- Vollversammlung

betreffend: Zwangsmaßnahmen für NotstandshilfebezieherInnen

Die geplante Einführung eines sogenannten „Jobnetzes für Notstandshilfebezieher“ bzw. die Einführung eines „gemeinnützigen Jahres“ weckt Erinnerungen an Zeiten, in denen mit Hilfe eines Arbeitsdienstes angebliche Sozialschmarotzer drangsaliert wurden.

Mit den nun geplant Zwangsmaßnahmen zu „gemeinnützigen“ Tätigkeiten werden auf Dauer keine regulär bezahlten Beschäftigungen geschaffen. Dagegen werden bisher wirksame Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik - wie z.B. die Aktion 8000, mit Hilfe derer jede 2. geförderte Person einen dauerhaften Arbeitsplatz gefunden hat - als Auslaufmodell behandelt. Erwerbslosigkeit und daraus resultierende Armut wird mit der Einführung des sog. Jobnetzes nicht aufgehoben sondern im Gegenteil fortgesetzt.

Die AK- Tirol tritt dafür ein, daß bei den geplanten Sondermaßnahmen für Langzeitarbeitslose (Zuweisung von Arbeitslosen in gemeinnützige Tätigkeiten) die Prinzipien von Angemessenheit, Verhältnismäßigkeit, Zumutbarkeit und Freiwilligkeit (incl. der Möglichkeit der Projektgeber eine zugewiesene Person als ungeeignet abzulehnen) gewährleistet werden.

Diesbezüglich tritt die AK- Tirol über die BAK an den Bundesgesetzgeber heran, um eine Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen, bzw. der entsprechenden Durchführungsbestimmungen zu erreichen.

Innsbruck am 10.5. 1996

Hubert Katschnig